Für eine menschenwürdige Asylpolitik

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in:	Johannes Rückerl (KV Regensburg-Stadt)
Tagesordnungspunkt:	T Tagesordnung/Formalia
Status:	Antrag mit Klärungsbedarf

Antragstext

In den letzten Wochen und Monaten haben sich die Debatten rund um die Themen Migration und Asyl in Deutschland und Europa stark verschärft: Teile der deutschen Parteienlandschaft fordern immer härtere Maßnahmen gegen Geflüchtete. Dabei sind die meisten Forderungen realitätsfern, wirkungslos und purer Populismus.

Es muss klar gesagt werden: Das Recht auf Asyl gehört zu den universellen Menschenrechten, und einige der aufkommenden Forderungen würden diese klar verletzen. Wer am Recht auf Asyl rüttelt, höhlt das Fundament unserer Demokratie aus, missachtet eine der wichtigsten Lehren aus dem Zweiten Weltkrieg und spielt rechten Kräften in die Hände. Einer solchen Diskursverschärfung treten wir entschieden entgegen und erwarten dies von allen hauptamtlichen Grünen Politiker*innen. Die Bundesdelegiertenkonferenz fordert den Bundesvorstand, die Mitglieder der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die GRÜNEN sowie die Grünen Minister*innen auf, zu Grünen Grundwerten und unseren Verbündeten in der Zivilgesellschaft zu stehen und sich in der Asyldebatte rechten und menschenverachtenden Positionen entgegenzustellen.

Leider bleibt es in der deutschen und europäischen Debatte nicht bei bloßen populistischen Forderungen. Auch in konkreten Gesetzesvorhaben ist der europäische Rechtsruck zu erkennen.

Das prominenteste Beispiel ist dabei der neue Reformvorschlag für das "Gemeinsame Europäische Asylsystem" (kurz: GEAS), welcher eine enorme Asylrechtsverschärfung bedeuten und in Teilen das Recht auf Asyl in Europa faktisch abschaffen würde. Die Zustimmung der Grünen Minister*innen zu diesem Gesetzespaket war ein Fehler und ist mit Grünen Grundwerten unvereinbar.

Spätestens die Zustimmung zur sogenannten "Krisen-Verordnung", welche Teil des GEAS-Gesetzespakets ist und es Staaten an den EU-Außengrenzen im Zweifelsfall ermöglicht, alle nach Europa Flüchtenden an der Grenze über Wochen hinweg zu inhaftieren, widerspricht außerdem dem Koalitionsvertrag der Ampelregierung.

Wir Grüne dürfen diesen menschenrechts- und demokratieschädigenden Kurs nicht weiter mittragen. Deshalb setzt die Bundesdelegiertenkonferenz folgende **rote Linien** für Grüne Migrationspolitik:

- Die deutsche Zustimmung zum Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (kurz: GEAS) muss zurückgenommen werden, wenn in den Verhandlungen keine klaren Verbesserungen

erreichbar sind oder gar weitere Abschwächungen von Menschenrechtsstandards hinzukommen.

- Eine Ausweitung des Status "sicheres Herkunftsland" auf weitere Staaten ist mit Grüner Beteiligung undenkbar.
- Eine Auslagerung der europäischen Migrationspolitik in Drittstaaten, beispielsweise nach dem Vorbild des britischen Abkommens mit Ruanda, darf es mit deutscher Beteiligung nicht geben.
- Bundespolitische Haushaltskürzungen bei Migrationsberatung, Integrationskursen und psychosozialer Beratung für Geflüchtete müssen gestoppt werden.

Von der Bundesregierung erwarten wir eine **konstruktive Migrationspolitik**. Dazu gehört in unseren Augen:

...auf bundespolitischer Ebene:

- Es braucht langfristige und verlässliche Vereinbarungen. Kommunen, die Geflüchtete aufgenommen haben, werden deutlich mehr finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt. In Anlehnung an die 2015 vom Bund an die Länder ausgezahlten Pauschalen sollten dies mit Rücksicht auf inflationsbedingte Mehrausgaben mindestens 1000 Euro monatlich pro aufgenommener Person sein. Außerdem wird die Vorhaltung von Aufnahmekapazitäten in Kommunen über eine Vorhaltepauschale ermöglicht.
- Geflüchtete erhalten ab dem ersten Tag in Deutschland das Recht, einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Dies ermöglicht ihnen, ein neues Leben aufzubauen und entlastet Staat und Kommunen. Der "Spurwechsel" (also die Möglichkeit, aufgrund einer Anstellung einen Aufenthaltstitel zu erhalten) wird weiter vereinfacht.
- Alle Geflüchteten durchlaufen sofort einen „Rechtskreiswechsel“ (das heißt: Absicherung nach dem Sozialgesetzbuch statt nach dem Asylbewerber*innenleistungsgesetz). Dies hat im letzten Jahr im Fall der Geflüchteten aus der Ukraine die Kommunen stark entlastet. Die sozialrechtliche Gleichstellung und der freie Zugang zum Gesundheitssystem entlasten auch die Sozial- und Ausländerbehörden und senken die Kosten für Kommunen.
- Analog zu den Regelungen, die für ukrainische Geflüchtete gelten, erhalten auch Menschen aus anderen Herkunftsstaaten die Möglichkeit, ihren Unterkunftsort in Deutschland frei zu wählen. Auch das entlastet die Kommunen ebenso wie die Geflüchteten, da es ihnen ermöglicht, bei Verwandten unterzukommen. Für diejenigen, die keine Unterkunft selbst organisieren können, ist eine dezentrale Unterbringung zu bevorzugen. Das Konzept der sogenannte AnkER-Zentren muss, wie im Koalitionsvertrag beschlossen, abgeschafft werden.
- Die finanzielle Unterstützung privater Seenotrettung durch den Bund wird ausgeweitet. Diese Mittel werden, wie im Haushaltsausschuss des Bundestags 2022 beschlossen, durch die Organisation "United4Rescue" an die NGOs verteilt.

... auf europäischer Ebene:

- Wir fordern die Ausarbeitung eines fairen und menschenwürdigen europäischen Asylsystems, in dem die Menschenrechte klar gewahrt werden, Sicherheit und Schutz

sowie echte Chancen für Geflüchtete geschaffen und Geflüchtete verbindlich solidarisch auf die EU-Mitgliedsstaaten verteilt werden.

- Wir fordern ein staatliches Seenotrettungsprogramm entlang der Fluchtrouten im Mittelmeer, mit der eindeutigen Aufgabe, Menschen aus Seenot zu retten, um weitere Tote zu vermeiden.

Sollten die gesetzten roten Linien und eine konstruktive Migrationspolitik, welche sich an diesen Forderungen orientiert und Menschenrechte achtet, in dieser Regierungskoalition nicht umsetzbar sein, fordert die Bundesdelegiertenkonferenz die Mitglieder der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die GRÜNEN sowie die Grünen Minister*innen auf, die Ampelkoalition zu verlassen.

Grüne Politik darf nicht Rechtsextremen und Populist*innen folgen, sondern muss mutig und klar für Grüne Werte und für Menschenrechte einstehen.

Begründung

erfolgt mündlich

weitere Antragsteller*innen

Phil Pioro (KV Regensburg-Stadt); Oliver Groth (KV Regensburg-Stadt); Helene Sigloch (KV Regensburg-Stadt); Elli Wolf (KV Amberg-Sulzbach); Stefan Christoph (KV Regensburg-Stadt); Daniel Wedekind (KV Regensburg-Stadt); Monir Shahedi (KV Regensburg-Stadt); Burkard Wiesmann (KV Regensburg-Stadt); Umut Sahverdi (KV Nürnberg-Stadt); Wiebke Richter (KV Regensburg-Stadt); Christina Fichtner (KV Regensburg-Stadt); Daniela Stelzer (KV München); Nicolas Muje (KV Regensburg-Stadt); Gorden Isler (KV Hamburg-Nord); Mirjam Körner (KV Bayreuth-Stadt); Lucia Babac (KV Regensburg-Stadt); Carla Ober (KV Erlangen-Stadt); Martin Borkamm (KV Regensburg-Stadt); Nikola Heidi Diem (KV Regensburg-Stadt); sowie 128 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.